

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landesrat Rudi Anschober**

Oö. Landesgartenfachberater **Wilhelm Frickh**  
**Oö. Siedlerverband**

19. April 2018

zum Thema

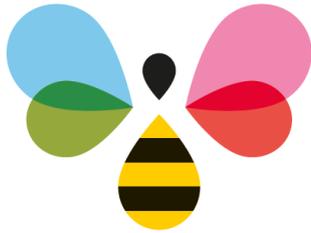
**"Oberösterreich blüht auf" – ohne gefährliche Pestizide!  
Die gute Nachricht für Biene, Vogel, Schmetterling & Co:  
nächste Woche kommt das Verbot der Neonics, heute der  
Ausstiegsplan von Glyphosat**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264



# Oberösterreich blüht auf.

Für Biene, Vogel, Schmetterling & Co.

## **"Oberösterreich blüht auf" – ohne gefährliche Pestizide! Die gute Nachricht für Biene, Vogel, Schmetterling & Co: nächste Woche kommt das Verbot der Neonics, heute der Ausstiegsplan von Glyphosat**

Oberösterreich blüht auf. Für Biene, Vogel, Schmetterling & Co - gegen das Insektensterben. Wichtiger Teil dieser gestern gestarteten Kampagne des Umweltressorts ist es, gefährliche Pestizide aus der Anwendung zu nehmen. Die Auseinandersetzung um gefährliche Pestizide ist eine Auseinandersetzung um Gesundheit und Umwelt, um die Vielfalt unserer Landschaft, um den Erhalt von Insekten, Singvögeln und Schmetterlingen, um ein bewusstes und naturnahes Garteln im Privaten. Sie ist aber auch eine Richtungsentscheidung über die Zukunft unserer Landwirtschaft: Geht es ohne Umweltgifte immer mehr in Richtung nachhaltiger Landwirtschaft oder verabschieden wir uns endgültig vom Vorsorgeprinzip und wollen industrielle Landwirtschaft auf der Überholspur?

*LR Anschober: „Nach neun Jahren Warnungen, Druck und Engagement wird es nächste Woche endlich zum europaweiten Verbot von Neonics kommen - damit wird eine wesentliche Bedrohung unserer Insekten endgültig gestoppt. Eigentlich neun Jahre zu spät, denn die Kritikpunkte liegen seither eindeutig am Tisch. Entschieden muss die Umweltministerin als zweiten notwendigen Schritt jedoch auch einen Ausstieg aus Glyphosat in Österreich durchsetzen, nachdem sich die EU-Mitgliedstaaten hier zu keinem gemeinsamen Stopp bei der Neuzulassung einigen konnten. Dass es ohne gefährliche Umweltgifte auch geht, zeigen in Oberösterreich schon absolute Vorreiterinnen, z.B. die 65 Bodenbündnis-Partner/innen. Darunter auch ein besonders starkes neues Mitglied: der Siedlerverband mit rund 70.000 Mitgliedern hat die Notwendigkeit für einen Pestizid-Ausstieg erkannt und geht schrittweise den Weg zum naturnahen Garteln mit Unterstützung des Bodenbündnis.“*

**Dieses Bewusstsein werden wir in der Kampagne „Oberösterreich blüht auf“ schrittweise stärken, Initiativen und Projekte bündeln und so gemeinsam mit Expert/innen bis Jahresende einen Maßnahmenkatalog vorlegen zur politischen Abstimmung und Umsetzung. Ein schrittweises Ausstiegsprogramm aus gefährlichen Pestiziden ist ein wesentlicher Teil dieses Plans - für Biene, Vogel, Schmetterling & Co.**

### **Umweltgifte in Österreich – Spuren sind allgegenwärtig**

Der aktuelle Grüne Bericht des BMLFUW weist für gesamt Österreich über 1.200 zugelassene Pflanzenschutzmittel-Präparate aus – mit entsprechenden Auswirkungen. So werden Bienen, Schmetterlinge und Insekten – und damit auch deren Leistung als Bestäuber – durch die Intensivierung der Landwirtschaft und den Einsatz von Pestiziden bedroht. So wurde erstmals von der Universität Auckland dokumentiert, dass bei einer intensiven industriellen Landwirtschaft mit dem massiven Einsatz von Risikopestiziden das Vorkommen von Wildbienen um bis zu 90 Prozent verringert werden kann.

### **Neonicotinoide: EU-weites Verbot bei Abstimmung am 27. April erwartet – Nein zu genauso gefährlichen Ersatzstoffen**

Die sogenannten Neonicotinoide werden als Insektenvernichter weltweit auf Äckern ausgebracht. Aktuelle Studienergebnisse zuletzt aus Kanada und Großbritannien und die Aussagen zahlreicher Expert/innen sind eindeutig: Neonicotinoide wirken sich negativ auf Fortpflanzung und Überleben von Honigbienen und Hummeln aus.

Bei der direkten Anwendung von Neonics zeigten sich schon ab den 1990er Jahren die teils tödlichen Schädigungen für Bienenvölker und andere Insekten. Das Neonicotinoid Imidacloprid wurde erstmals 1994 in Frankreich zugelassen und in großem Maße auf Sonnenblumen angewendet. Schon da zeigte sich, dass diese Chemikalie zu Schädigungen an den Bienenvölkern führte, als die Imker Alarm schlugen.

Erste negative Schlagzeilen in Deutschland gab es, als es 2008 in der badischen Rheinebene zu einem Massensterben unter Bienenvölkern kam. Grund hierfür war eine fehlerhafte Beizung des Saatgutes (Mais) mit den giftigen Verbindungen.

Dabei wird das Saatgut vorab gebeizt, damit es bei einem eventuellen späteren Befall durch Schädlinge nicht weggefressen wird.

Schon vor neun Jahren wurde deshalb ein Verbot der Stoffe diskutiert, seit 2013 ist der Einsatz für die Aufbringung der drei besonders bienenschädlichen Neonicotinoide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam auf bestimmte Pflanzen durch Teilverbote in der EU unionsübergreifend eingeschränkt. Nun wird neu über die Verbote verhandelt: Die Europäische Kommission hat den EU-Mitgliedstaaten bereits im Frühjahr 2017 Vorschläge zum dauerhaften Verbot neonicotinoider Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln vorgelegt. Die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) geht von einem wesentlichen Risiko aus, dass die Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam Bienen gefährden. Es liegt nun an der Zustimmung der EU-Länder.

Die Mehrzahl der Anwendungen von neonicotinoidhaltigen Pestiziden stellt ein Risiko für Hummeln, Wild- und Honigbienen dar - diese Einschätzung veröffentlichte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) kürzlich. Der Bericht zeigt klar, dass Neonicotinoide, ausgebracht als Granulat oder Saatgut-Beizmittel, sich negativ auf die Gesundheit der Bienen auswirken und speziell ihre Orientierungsfähigkeit und Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen. Die Risikobewertung bezieht rund 700 internationale Studien ein und bestätigt die Gefährlichkeit dieser Wirkstoffe nicht nur, sondern verdeutlicht den Handlungsdruck.

Aktuell hat die österreichische Umweltministerin eine Zustimmung zum europaweiten Verbot angekündigt, auch die Deutsche Bundesregierung hat eine Zustimmung signalisiert. Mit dieser Zustimmung wird ein Verbot der bienengefährlichen Neonicotinoide im Freiland wahrscheinlich, die Abstimmung für das Neonics-Verbot findet am 27. April in Brüssel statt.

LR Anschober: *„Das zu erwartende Neonics-Verbot ist ein wichtiger erster Schritt, ein großer Etappenerfolg der Freunde von Biene, Vogel, Schmetterling & Co. Es braucht aber auch Maßnahmen darüber hinaus. Die Situation der österreichischen Rübenbauern, die Neonics einsetzen, muss ernst genommen werden. Es darf aber*

*nicht der einfachste Weg gegangen werden, indem einfach Ersatzmittel – die vielleicht ebenso gefährlich sind – zugelassen werden. Stattdessen braucht es in einem gemeinsamen Schritt von Politik, Produzent/innen, Handel und Konsument/innen das Bekenntnis zu ökologischem Rübenanbau, zu österreichischem Zucker und auch zu höheren Preisen in diesem Segment – ansonsten droht der Import.“*

### **Glyphosat: Österreichischer Ausstiegs-Plan gefordert**

Glyphosat ist der weltweit am häufigsten verwendete Wirkstoff für sog. Pflanzenschutzmittel. 2002 wurde es erstmals EU-weit zugelassen. Es wirkt giftig für Wasserorganismen und wird deshalb als umweltgefährdend eingestuft.

In Österreich wird Glyphosat in der Landwirtschaft, im Wein- und Obstbau und im Gartenbau zur Unkrautbekämpfung vor der Aussaat oder nach der Getreideernte verwendet. Der Wirkstoff ist allgegenwärtig, bleibt in Umwelt, Böden, Grundwasser und kann die menschliche Gesundheit gefährden, besonders in einem Mix. 312 Tonnen des Wirkstoffs Glyphosat wurden allein im Jahr 2016 in Österreich verkauft.

Glyphosat wurde 2015 von der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ beim Menschen eingeordnet. Trotzdem haben EU-Mitgliedstaaten und –Kommission eine Zulassungsverlängerung um weitere fünf Jahre beschlossen.

Österreich hatte Ende November in der Frage einer EU-weiten Neuzulassung des Pflanzengifts in Brüssel mit "Nein" gestimmt. Das Land Kärnten untersagte daraufhin Ende Jänner mit einer Verordnung die Verwendung von Glyphosat und ähnlichen Pestiziden auf "sensiblen öffentlichen Flächen".

Nach der Ankündigung der Absage an das vom Land Kärnten erlassene Glyphosatverbot, ruft Oberösterreichs Umwelt-Landesrat Rudi Anschober Umweltministerin Köstinger zum Handeln auf: *„Unbestritten ist, dass ein Anwendungsverbot von Glyphosat auf jenen Teilbereichen, wo empfindsame Bevölkerungsgruppen mit dem Stoff in Kontakt kommen können, wie z.B. Parks, oder Spielplätze, bundesweit europarechtskonform erlassen werden kann. Dies muss über Einschränkungen bei den aktuell laufenden bundesweiten*

*Neuzulassungsverfahren erfolgen. Bis Mitte März lief die Antragsfrist, in den kommenden Wochen wird von den österreichischen Behörden über die Neuzulassung entschieden. Umweltministerin Köstinger muss dafür sorgen, dass Einschränkungen für alle glyphosathaltigen Produkte konsequent umgesetzt werden, damit ein erstes Teilverbot rasch verwirklicht werden kann."*

Umwelt- und Konsument/innenschutz-Landesrat Rudi Anschober hat zu einem Runden Tisch geladen, um über Möglichkeiten der raschen Verringerung bis zum Ausstieg aus dem Umweltgift Glyphosat zu diskutieren. Ziel ist es, dass der Einsatz auf öffentlichen Flächen und in Privatgärten raschestmöglich verboten wird und Anstrengungen für eine Verringerung in der Landwirtschaft gestartet werden. „Vertreter/innen von Landwirtschaft, Siedlerverein, Asfinag und ÖBB haben mir beim Runden Tisch gesagt, dass hier ganz klar vieles möglich ist und eine drastische Verringerung der Anwendung möglich ist - trotz Zulassungsverlängerung in der EU.“

Anschober fordert daher Verhandlungen Köstingers mit der EU-Kommission über ein bundesweites Gesamtverbot: *„Die Kommission hat klar und eindeutig formuliert, dass es einen Weg zu nationalen Verboten gibt. Nun muss sie diesen mit den dazu entschlossenen Ländern aufzeigen.“*

**EU-Dynamik nutzen:** Frankreich arbeitet intensiv an einem Verbot, auch die neue deutsche Bundesregierung hat aktuell angekündigt, ein Glyphosatverbot in dieser Legislaturperiode umsetzen zu wollen. Erste Teilschritte eines Verbotes sollen bereits heuer verwirklicht werden. Und die Region Brüssel in Belgien hat ebenfalls ein Verbot fixiert und geht nun zur Durchsetzung vor den EuGH. Mein Vorschlag ist, dass sich Oberösterreich dieser Klage anschließt.

*„Viele Gemeinden und Betriebe zeigen es ja schon tagtäglich vor, wie eine Landwirtschaft bzw. die Bearbeitung von Grünflächen auch ohne Glyphosat oder andere Umweltgifte funktionieren kann. Auf Verkehrsflächen etwa in Gemeinden kann Unkraut händisch gezupft statt mit Glyphosat vernichtet werden. Das schont die Gesundheit der Arbeiter/innen und Anrainer/innen bei der Ausbringung, schont unsere Böden, unser Wasser, unsere Produkte, durch die wir das Umweltgift auch*

*in unsere Körper aufnehmen, aber auch unsere Insekten und Vögel. Gemeinsam können wir hier in Österreich noch einiges bewegen, auch wenn der Rückenwind aus Brüssel fehlt“, so LR Anschober.*

### **Das öö. Ausstiegsprogramm aus Glyphosat:**

1. Bessere Information über die bereits festgelegten Anwendungsverbote - etwa im Umfeld von Landesstraßen und auf befestigten Flächen (Gehsteige, Garagenzufahrten,...) und Umsetzung eines bundesweiten Forschungsprogramms für umweltfreundliche Ersatzprodukte
2. Sofortverbot (via Beschränkungen in den österreichweiten Zulassungsbestimmungen der Produkte) auf allen öffentlichen Flächen (u.a. Spielplätze, Parks, Friedhöfe etc.)
3. Sofortverbot an und auf allen Verkehrsflächen (Bahnstrecken, Straßen,...)
4. Schrittweiser Ausstiegsplan im Agrarbereich: erste Anwendungsverbote etwa im Bereich des Reihenbewuchses in Obst- und Weinanlagen, gegen Punktbehandlung im Grünland, beim Einsatz in Jungaufforstungen, bei Mulch- und Direktsaat
5. Verhandlungsziel mit EU-Kommission: raschestmöglicher Gesamtausstieg aus Gyphosat

### **Lösungsansätze in Oberösterreich für giftfreie Landschaften für Biene, Vogel, Schmetterling & Co:**

#### **Glyphosatfreie Gemeinden in OÖ**

Ende 2017 wurden von LR Anschober alle öö. Gemeinden dazu eingeladen, im eigenen Wirkungsbereich auf die Anwendung von Glyphosat zu verzichten und dies auch im Gemeinderat zu beschließen. So haben aktuell bereits knapp 100 Gemeinden angegeben, im eigenen Wirkungsbereich kein Glyphosat mehr einzusetzen und etliche Gemeinden haben dies bereits angekündigt.

**Bodenbündnis OÖ**

In Oberösterreich arbeiten bereits 65 Organisationen, darunter 58 Gemeinden als Mitglieder des Bodenbündnisses aktiv an Bewusstsein und Schutz für unsere endliche Ressource Boden. 36 % der Oberösterreicher/innen leben in einer Bodenbündnis-Gemeinde.

**Siedlerverband Österreich: Große Verstärkung für das Bodenbündnis**

Als großen Kooperationspartner konnten „Oberösterreich blüht auf“ und Bodenbündnis OÖ den Österreichischen Siedlerverband mit rund 70.000 Mitgliedern gewinnen. Damit können 148 Ortsgruppen in OÖ auf die Angebote wie z.B. Vorträge und Workshops des Bodenbündnis – für alle Alters- und Zielgruppen – zugreifen. Die Nachfrage ist bereits groß.

Das Thema Bodenschutz wird nun verstärkt in der Gartenfachberatung und bei der Ausbildung im Siedlerverband eingebracht, ein gemeinsamer Stand hat bei der Messe Blühendes Österreich für Bewusstsein gesorgt, ebenso wie Themen rund um das pestizidfreie Gärtnern in der Vereinszeitschrift.

*LR Anschober: „Der Siedlerverband zeigt, dass ein Umdenken startet und geht mit bestem Beispiel voran. Rund 70.000 Mitglieder werden zu naturnahen Garteln und Bewirtschaften herangeführt, Bewusstsein geschaffen für unsere Umwelt. Zudem hilft uns die Stärke des Siedlerverbandes auch über den enormen Multiplikatoreffekt auch, um zu Angehörigen und Freunden mit naturnahem Garteln durchzudringen. Ich hoffe, dass wir uns schon bald wieder über bunte, vielfältige Gärten und Gartenbewohner/innen freuen können.“*